

Vorwort

Sehr geehrte Amtsausschussmitglieder,
Sehr geehrte Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertreter,
Sehr geehrte Stadtverordnete,
Sehr geehrte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung,

in den vergangenen Jahren hat sich gezeigt, dass die Haushaltsdurchführungen im Amt Brück teilweise erhebliche Abweichungen zu den zuvor beschlossenen Haushaltsplänen aufwiesen. Das Rechnungsprüfungsamt hat wiederholt darauf hingewiesen, dass diese Differenzen zwischen Plan und Ergebnis reduziert werden sollten (müssen). Diese Feststellungen verdeutlichen, dass eine verlässlichere, stärker vorausschauende und strukturell abgesicherte Steuerung notwendig ist, damit sowohl die Verwaltung als auch die Gemeinden ihre Aufgaben realistisch planen und erfolgreich umsetzen können.

Hinzu kam, dass in den Gremien und in der interkommunalen Zusammenarbeit immer wieder Unzufriedenheit entstand. Nicht selten wurde die Frage gestellt, weshalb in einigen Gemeinden mehr sichtbare Maßnahmen realisiert wurden, während in anderen trotz angemeldeter Bedarfe vergleichsweise wenig voranging. Wenn Projekte aufgrund mangelnder Kapazitäten nicht umgesetzt werden konnten, führte dies verständlicherweise zu Frustration und zu dem Eindruck, dass Entscheidungen nicht transparent genug seien oder Prioritäten nicht nachvollziehbar gesetzt würden. Diese Wahrnehmungen haben das Vertrauen in die Abläufe belastet und die Diskussionen zum Teil stark geprägt.

Vor diesem Hintergrund entwickelte der Amtsausschussvorsitzende Philipp Konopka in der Bürgermeisterrunde die Idee eines Ressourcenschlüssels. Ziel war es, ein gerechtes und dauerhaft nachvollziehbares Verfahren zu schaffen, das die verfügbaren Kapazitäten klar strukturiert, transparent verteilt und damit sowohl die Planbarkeit als auch die Fairness innerhalb des gesamten Amtsgebietes stärkt. Mit Blick auf die Haushaltsplanungen für das Jahr 2026 sowie den für die Amtsverwaltung vorgesehenen Doppelhaushalt 2026/2027 auf Amtsebene wurde dieser Ansatz im Finanzausschuss des Amtes Brück weiter beraten und als Vorschlag in das politische Verfahren eingebracht.

Parallel hierzu hat der Fachbereich II eine umfassende Auswertung der tatsächlich umgesetzten Maßnahmen der vergangenen zehn Jahre vorgenommen. Diese Analyse zeigt, welche finanziellen und organisatorischen Ressourcen in welchem Umfang eingesetzt wurden und welche Belastungsprofile dabei für die Gemeinden und die Verwaltung entstanden sind. Das Ergebnis ist eindeutig. Die Durchschnittswerte der vergangenen Dekade liegen sehr nah an den Ergebnissen des neu entwickelten Ressourcenschlüssels. Dadurch wird deutlich, dass dieses Modell nicht theoretisch konstruiert wurde, sondern auf realen Entwicklungen aufbaut und die tatsächlichen Verhältnisse im Amtsgebiet in bemerkenswerter Weise abbildet.

Der Ressourcenschlüssel beruht bewusst auf wenigen, klar messbaren und jährlich gut aktualisierbaren Faktoren. Dazu gehören die Einwohnerzahl, die Flächengröße, die Amtsumlage und der Gebäudebestand. Diese Größen stehen der Verwaltung ohne hohen Aufwand zur Verfügung und ermöglichen es, das Modell bei Veränderungen schnell und unkompliziert anzupassen. Durch die Konzentration auf objektiv nachvollziehbare Werte entsteht ein System, das dauerhaft verständlich bleibt und nicht von komplexen Sonderparametern abhängig ist.

Darüber hinaus schafft der Ressourcenschlüssel Transparenz darüber, welche Kapazitäten jeder Gemeinde pro Jahr zur Verfügung stehen. Dies betrifft sowohl die finanziellen Mittel z.B. der Gebäude und Straßenunterhaltung als auch die internen Arbeitsressourcen. Die Gemeinden erhalten damit erstmals ein klar definiertes Jahreskontingent, das die Grundlage für eine realistische Planung ihrer Maßnahmen bildet und zugleich sicherstellt, dass die vorhandenen Kapazitäten fair und ausgeglichen genutzt werden. Mit dem Ressourcenschlüssel entsteht ein Modell, das die gewachsene Verantwortung des Amtes Brück ebenso berücksichtigt wie die individuellen Bedarfe der Gemeinden. Es bietet eine

verlässliche Basis für zukünftige Entscheidungen, reduziert Reibungsverluste, stärkt die Zusammenarbeit und fördert ein gemeinsames Verständnis für die Grenzen und Möglichkeiten unserer Verwaltung.

Dieses Vorhaben ist ein entscheidender Schritt hin zu mehr Transparenz, mehr Planbarkeit und mehr Fairness für alle Beteiligten im Amtsgebiet.

Zum Abschluss wird gebeten, den vorgestellten Ressourcenschlüssel in allen Gemeindevertretersitzungen sowie in der Stadtverordnetenversammlung zu beraten und anzunehmen, damit er ab dem kommenden Haushaltsjahr verbindliche Grundlage der gemeinsamen Arbeit im Amt Brück werden kann. *M.B.*

Herangehensweise und der Vorüberlegungen

Die Entwicklung des Ressourcenschlüssels erfolgte in einem bewusst zweistufigen Verfahren, das getrennt voneinander aufgebaut war, um eine möglichst objektive und unverfälschte Grundlage zu schaffen. Zunächst wurde der Schlüssel selbst entworfen, ohne dass die Auswertung der vergangenen Jahre Einfluss auf die Modellbildung hatte. Damit sollte sichergestellt werden, dass das Modell ausschließlich auf strukturellen Kriterien beruht und nicht durch historische Zufälligkeiten oder Einzelfälle verzerrt wird.

Im ersten Schritt wurde daher ein System gesucht, das auf klar definierten, dauerhaft verfügbaren und jedes Jahr problemlos aktualisierbaren Faktoren beruht. Die Auswahl fiel auf die Einwohnerzahl, die Flächengröße, die Amtsumlage und den Gebäudebestand, da diese vier Merkmale die wesentlichen strukturellen Grundlagen der kommunalen Verwaltungsarbeit abbilden. Gleichzeitig sind sie transparent, leicht nachvollziehbar und verursachen keine zusätzlichen Auswertungsaufwände. Die Gewichtungen wurden so gewählt, dass die Bedeutung der einzelnen Faktoren in einem realistischen Verhältnis zueinander steht, ohne Über- oder Unterbetonungen zu erzeugen.

Parallel dazu wurde im Fachbereich II eine umfassende Zehn-Jahres-Statistik zu den tatsächlich umgesetzten Maßnahmen erstellt. Diese Analyse erfasste das gesamte Bau- und Unterhaltungsvolumen über eine Dekade hinweg und bildete ab, welche Belastungen in welchem Umfang in den Gemeinden und in der Amtsverwaltung angefallen waren. Die statistische Auswertung hatte ausdrücklich nicht das Ziel, den Ressourcenschlüssel zu beeinflussen, sondern sollte ausschließlich eine neutrale Datengrundlage schaffen, die im Nachgang als Vergleichsmaßstab dienen konnte.

Erst nachdem beide Stränge fertiggestellt waren, wurden das neu entwickelte Modell und die Zehn-Jahres-Durchschnittswerte nebeneinandergelegt. Dieser Vergleich ergab ein bemerkenswert eindeutiges Bild. Die Ergebnisse des Ressourcenschlüssels und die tatsächlichen Durchschnittswerte der vergangenen Dekade liegen sehr nah beieinander. Die parallel entstandenen Daten bestätigen somit die Plausibilität des Modells und unterstreichen, dass der Ressourcenschlüssel keine theoretische Konstruktion ist, sondern die realen Belastungs- und Aufgabenstrukturen des Amtsgebietes sehr präzise widerspiegelt.

Damit steht nun ein Verteilungssystem zur Verfügung, das sowohl methodisch sauber entwickelt wurde als auch durch die tatsächliche Erfahrung der vergangenen zehn Jahre gestützt wird. Diese Kombination aus unabhängiger Modellbildung und empirischer Überprüfung schafft eine belastbare Grundlage für eine faire, transparente und zukunftsfähige Ressourcensteuerung.

Anmerkung zur Datengrundlage der Zehn-Jahres-Statistik

Die ausgewerteten Daten der vergangenen zehn Jahre bilden das Gesamtvolumen der im Amtsgebiet umgesetzten Bau- und Unterhaltungsmaßnahmen ab. In diesen Summen sind jedoch nicht ausschließlich verwaltungsinterne Leistungen des Fachbereichs Bauen enthalten, sondern auch

externe Maßnahmenumsetzungen, die von Dritten durchgeführt wurden, etwa Projekte der Wohnungsverwaltung oder externe Ingenieurleistungen nach HOAI. Diese externen Leistungen fließen in der Statistik als Ausgaben ein, stellen jedoch keinen unmittelbaren internen Arbeitsaufwand der Verwaltung dar.

Aus diesem Grund können die Zehn-Jahres-Werte nicht eins zu eins als Maßstab für die tatsächliche verwaltungsinterne Kapazität herangezogen werden. Sie sind jedoch geeignet, die Größenordnung, Verteilung und Häufigkeit der Maßnahmen im Amtsgebiet zu zeigen und damit ein realistisches Bild der strukturellen Anforderungen zu vermitteln. Für die endgültige Anwendung des Ressourcenschlüssels ist daher ergänzend eine verwaltungsinterne Spitzrechnung erforderlich, um die tatsächlich vom Fachbereich erbrachten Leistungen präzise von den externen Anteilen zu trennen. Diese Klarstellung gewährleistet, dass die spätere Ressourcensteuerung sowohl methodisch belastbar als auch sachlich korrekt erfolgt.

Vorstellung der vier Kriterien

Für den Ressourcenschlüssel wurden vier Kriterien ausgewählt, die die unterschiedlichen Strukturen und Belastungsprofile der Gemeinden im Amtsgebiet verlässlich und nachvollziehbar abbilden. Die Auswahl folgt dem Grundsatz, nur solche Faktoren einzubeziehen, die objektiv messbar, jährlich klar aktualisierbar und in ihrer Wirkung für alle Beteiligten verständlich sind. Die vier Kriterien ergänzen sich, sodass eine ausgewogene Betrachtung aus demografischer, räumlicher, finanzieller und infrastruktureller Sicht entsteht.

1. Einwohnerzahl

Die Einwohnerzahl bildet den zentralen Treiber kommunaler Verwaltungsarbeit. Sie steht für den laufenden Bedarf im Alltagsgeschäft der Verwaltung. Je mehr Menschen in einer Gemeinde leben, desto mehr Verwaltungsakte, Abstimmungen, Genehmigungen, Beratungen und Leistungen fallen regelmäßig an. Die Einwohnerzahl ist eine dynamische Größe, die jährlich fortgeschrieben wird und unmittelbar widerspiegelt, wie intensiv die Gemeindeverwaltung durch das tägliche Verwaltungsgeschäft beansprucht wird.

Sie bildet bewusst den größten Anteil im Ressourcenschlüssel.

2. Flächengröße

Die Flächengröße berücksichtigt die räumliche Ausdehnung einer Gemeinde und damit den strukturellen Aufwand, der unabhängig von der Bevölkerungszahl entsteht. Größere Gebiete erfordern mehr technische Betreuung, mehr Wegeinfrastruktur, mehr Flächenkontrolle und häufig eine höhere organisatorische Koordinationsleistung im Außenbereich. Auch wenn eine große Fläche nicht automatisch viele Einwohner bedeutet, entsteht ein messbarer Verwaltungsaufwand, der in einem klassischen Einwohnermodell nicht sichtbar wäre.

Die Fläche ergänzt somit die Einwohnerzahl um die räumliche Dimension.

3. Amtsumlage

Die Amtsumlage spiegelt die finanzielle Leistungsfähigkeit der Gemeinden und den Umfang ihrer Aufgaben ab. Sie zeigt, welchen Anteil eine Gemeinde zur gemeinsamen Amtsverwaltung beiträgt. Eine höhere Umlage steht in der Regel für eine stärkere Finanzkraft oder für strukturelle Besonderheiten, die den kommunalen Aufwand erhöhen. Durch die Berücksichtigung der Amtsumlage wird gewährleistet, dass finanzielle Tragfähigkeit und Belastung ausgewogen in das Modell einfließen. Die Amtsumlage bildet damit eine fiskalische Komponente, die die Strukturmerkmale sinnvoll ergänzt.

4. Gebäudebestand (Bruttogeschossfläche)

Der Gebäudebestand einer Gemeinde, gemessen an der Bruttogeschossfläche, beschreibt die bauliche Substanz, die dauerhaft unterhalten, instandgesetzt oder technisch betreut werden muss. Schulen, Kitas, Feuerwehrgerätehäuser, Rathäuser, Sportstätten und weitere öffentliche Gebäude verursachen einen erheblichen Anteil des Aufgabenvolumens im Fachbereich Bauen. Die Bruttogeschossfläche ist daher ein zentraler Indikator für den tatsächlichen Unterhaltsbedarf.

Dieses Kriterium bringt die infrastrukturelle Realität der Gemeinden in das Modell ein und stellt sicher, dass Gemeinden mit hohem öffentlichen Gebäudebestand auch einen entsprechend höheren Anteil an den Ressourcen erhalten.

Zusammenwirkung der Kriterien

In ihrer Kombination bilden die vier Kriterien ein strukturell ausgewogenes Bild der Verwaltungslast einer Gemeinde. Die Einwohnerzahl steht für den laufenden Verwaltungsaufwand, die Fläche für den räumlichen Betreuungsbedarf, die Amtsumlage für die finanzielle Dimension und der Gebäudebestand für den baulichen Unterhaltungsaufwand.

Sie ergeben gemeinsam ein belastbares, transparentes und leicht anpassbares System, das sowohl die Realität der Gemeinden als auch die Anforderungen der Verwaltung angemessen widerspiegelt.

Gewichtungen der vier Kriterien und ihre übergeordnete Einordnung

Der Ressourcenschlüssel des Amtes Brück stützt sich auf vier klare und objektiv messbare Faktoren. Die gewählten Gewichtungen orientieren sich an der tatsächlichen Bedeutung der einzelnen Faktoren für die Bauverwaltung und die kommunale Aufgabenlast. Gleichzeitig sind diese Kriterien nicht neu oder speziell für das Amt Brück erfunden, sondern entsprechen Grundsätzen, wie sie in vielen anderen Schlüsselsystemen im kommunalen und landesweiten Bereich genutzt werden. Damit folgt das Modell anerkannten Standards und bewegt sich in einem fachlich etablierten Rahmen.

1. Einwohnerzahl – 60 Prozent

Die Einwohnerzahl ist der zentrale Faktor kommunaler Aufgabenbelastung und erhält daher den größten Anteil im Schlüssel. Sie bestimmt maßgeblich, wie viele Verwaltungsakte, Genehmigungen, Abstimmungen, Beratungen und Unterstützungsleistungen eine Gemeinde auslöst. Auch im Bereich Bauverwaltung ist die Einwohnerzahl ein verlässlicher Indikator für laufende Arbeitslast.

Die starke Gewichtung entspricht dem Vorgehen vieler anderer öffentlicher Verteilungssysteme. Auch auf Landesebene (zum Beispiel bei Schlüsselzuweisungen), Finanzausgleichen oder bei Förderkulissen – ist die Einwohnerzahl in der Regel der dominante Faktor. Die Gewichtung von sechzig Prozent ist daher fachlich gut begründet und in übergeordneten Systemen weit verbreitet.

2. Flächengröße – 10 Prozent

Die Fläche beschreibt die räumliche Struktur einer Gemeinde. Sie zeigt an, wie weitläufig die technische Betreuung, Wegeinfrastruktur, Außenanlagen und verteilten Liegenschaften sind. Auch wenn die Fläche einen messbaren Einfluss auf die Verwaltungsarbeit hat, ist sie im Vergleich zur Einwohnerzahl weniger dominant.

Die moderate Gewichtung von zehn Prozent spiegelt dies wider. Gleichzeitig entspricht diese Größenordnung gängigen Modellen, etwa im kommunalen Finanzausgleich oder in landesweiten Verteilungsschlüsseln, bei denen die Fläche eine ergänzende, aber nicht überproportionale Rolle spielt.

3. Amtsumlage – 15 Prozent

Die Amtsumlage wird als Indikator für die finanzielle Leistungsfähigkeit und strukturelle Aufgabenlast einer Gemeinde herangezogen. Sie zeigt, wie stark eine Gemeinde die gemeinsame Verwaltung trägt und ist damit auch ein Ausdruck ihres Haushaltsvolumens und ihrer Infrastruktur.

Die Gewichtung von fünfzehn Prozent entspricht dem Vorgehen auf übergeordneten Ebenen. Auch Länder und Kreise nutzen fiskalische Größen, um Unterschiede in der Steuerkraft und Aufgabenverteilung sichtbar zu machen. Die Aufnahme der Amtsumlage in den Schlüssel schafft eine Verbindung zwischen struktureller Belastung und finanzieller Verantwortungsfähigkeit und orientiert sich damit an etablierten Standards.

4. Gebäudebestand (Bruttogeschossfläche) – 15 Prozent

Der öffentliche Gebäudebestand verursacht einen erheblichen Anteil des jährlichen Unterhaltungsaufwands und der technischen Betreuung. Schulen, Kitas, Feuerwehrgerätehäuser, Sportanlagen und Verwaltungsgebäude sind dauerhaft in der Verantwortung des Fachbereichs Bauen. Die Bruttogeschossfläche ist daher ein direkter und praxisnaher Indikator für den tatsächlichen Aufwand.

Auch auf Landesebene und bei Förderprogrammen werden bauliche Kennzahlen regelmäßig genutzt, um die Struktur des kommunalen Aufgabenträgers abzubilden. Die Gewichtung von fünfzehn Prozent trägt dieser besonderen Bedeutung Rechnung, ohne das Modell zu überfrachten.

Zusammenfassende Einordnung

Die Gewichtung **60 / 10 / 15 / 15** ist sowohl fachlich logisch als auch im Vergleich mit anderen Verteilungssystemen in Deutschland üblich.

Sie verbindet:

- die demografische Belastung (Einwohner)
- die räumliche Ausdehnung (Fläche)
- die finanzielle Leistungsfähigkeit (Amtsumlage)
- den realen baulichen Unterhaltsbedarf (Gebäudebestand)

Diese vier Säulen sind auch in vielen landesweiten oder regionalen Schlüsseln wiederzufinden, wodurch das Modell des Amtes Brück nicht nur praxisorientiert, sondern auch strukturell anschlussfähig an übergeordnete Standards ist.

Fester Amtsanteil von fünfzehn Prozent (Begründung)

Der feste Anteil von fünfzehn Prozent für das Amt Brück ist ein zentraler Bestandteil des Ressourcenschlüssels und begründet sich aus der besonderen Rolle des Amtes als gemeinsame Verwaltungs- und Koordinierungsstelle für alle sechs Gemeinden. Das Amt erfüllt laufend Aufgaben, die nicht einzelnen Gemeinden zugeordnet werden können, sondern dem gesamten Amtsgebiet dienen. Ohne einen festen Anteil wäre eine sachgerechte und verlässliche Abbildung dieser zentralen Funktionen innerhalb des Schlüssels nicht möglich.

Der Fachbereich Bauen sowie die Querschnittsbereiche der Verwaltung übernehmen eine Vielzahl von Tätigkeiten, die unabhängig von den spezifischen Bedarfen einzelner Gemeinden entstehen. Dazu gehören etwa die technische und organisatorische Betreuung der amtsweiten Gebäude und Anlagen wie des Verwaltungsgebäudes, der Feuerwehrgerätehäuser und gemeinsam genutzter Infrastruktureinrichtungen. Hinzu kommen Kernaufgaben wie die Haushaltssteuerung, Vergabeverfahren, IT und Digitalisierung, Personalmanagement, die Leitung der Verwaltung, die

Rechtsberatung, die zentrale Beschlussvorbereitung und die Betreuung der politischen Gremien. Diese Aufgaben bilden das Fundament, auf dem die gesamte Verwaltungsarbeit für die Gemeinden aufbaut.

Ein fester Anteil ist notwendig, weil sich diese Funktionen nicht sinnvoll proportional über Einwohner, Fläche, Amtsumlage oder Gebäudebestand verteilen lassen. Die Aufgaben entstehen kontinuierlich und unabhängig davon, wie stark einzelne Gemeinden das Amt in einem bestimmten Jahr beanspruchen. Sie bilden den unverzichtbaren Verwaltungsapparat, der allen Gemeinden gleichermaßen zugutekommt. Ohne einen stabilen Grundanteil bestünde das Risiko, dass zentrale Leistungen unterfinanziert oder organisatorisch geschwächt würden, was wiederum die Handlungsfähigkeit der gesamten Verwaltung beeinträchtigen könnte.

Die Festlegung auf fünfzehn Prozent stellt dabei einen ausgewogenen Wert dar. Er ist ausreichend hoch, um die dauerhaft anfallenden Kernaufgaben zu sichern, aber zugleich moderat, damit die überwiegende Mehrheit der Ressourcen weiterhin in die Gemeinden fließt. Damit wird sowohl der strukturellen Verantwortung des Amtes Rechnung getragen als auch das berechnete Interesse der Gemeinden erfüllt, dass möglichst viele Kapazitäten für konkrete Maßnahmen vor Ort zur Verfügung stehen.

Der Wert von fünfzehn Prozent ist zudem politisch gut vermittelbar. Er bewegt sich in einem Rahmen, der vergleichbaren Verwaltungsstrukturen entspricht, und schafft ein stabiles Verhältnis zwischen den zentralen amtsweiten Aufgaben und den dezentralen Leistungen für die Gemeinden. Ein höherer Fixanteil würde die Handlungsspielräume der Gemeinden verringern, während ein niedrigerer Anteil auf Dauer die Funktionsfähigkeit der Verwaltung gefährden könnte.

Mit diesem festen Anteil erhält das Amt eine klare, transparente und jederzeit überprüfbare Ressourcengrundlage. Die Gemeinden wiederum erhalten Verlässlichkeit darüber, dass die Verwaltung dauerhaft leistungsfähig bleibt und die notwendigen Querschnittsaufgaben stabil abgedeckt werden. Damit trägt der Amtsanteil entscheidend zur Funktionsfähigkeit des gesamten Ressourcenschlüssels bei.

Basisdaten unserer Gemeinden

Einheit	Einwohner	Fläche (km²)	Fläche (%)	Amts- umlage (%)	BGF (m²)	BGF (%)
Stadt Brück	4.248	31,7	37 %	33 %	13.946,08	35,8 %
Borkheide	2.214	2,7	3 %	18 %	5.561,77	14,3 %
Borkwalde	2.131	1,7	2 %	15 %	2.285,75	5,8 %
Golzow	1.391	14,5	17 %	12 %	5.279,26	13,5 %
Linthe	928	11,1	13 %	14 %	2.897,89	7,4 %
Planebruch	1.053	24,0	28 %	9 %	3.510,87	9,0 %

Gesamtsummen:

Einwohner:	11.965
Fläche:	85,71 km²
Summe BGF:	38.993,63 m²

Prozentwerte der vier Kriterien

Einheit	Einwohner (%)	Fläche (%)	Amtsumlage (%)	Gebäudebestand (%)
Brück	35,5	37	33	35,8
Borkheide	18,5	3	18	14,3
Borkwalde	17,8	2	15	5,8
Golzow	11,6	17	12	13,5
Linthe	7,8	13	14	7,4
Planebruch	8,8	28	9	9,0

Gewichtete Indexberechnung

(60 % Einwohner / 10 % Fläche / 15 % Amtsumlage / 15 % Gebäudebestand)**

Formel je Gemeinde:

- $EW\% \times 0,60$
- $Fläche\% \times 0,10$
- $Umlage\% \times 0,15$
- $BGF\% \times 0,15^{**}$

1. Berechnungsschritte je Gemeinde

Stadt Brück

- $35,5 \times 0,60$
- $37 \times 0,10$
- $33 \times 0,15$
- $35,8 \times 0,15$
 $= 21,30 + 3,70 + 4,95 + 5,37$
 $= \mathbf{35,32}$

Borkheide

- $18,5 \times 0,60$
- $3 \times 0,10$
- $18 \times 0,15$
- $14,3 \times 0,15$
 $= 11,10 + 0,30 + 2,70 + 2,15$
 $= \mathbf{16,25}$

Borkwalde

- $17,8 \times 0,60$

- $2 \times 0,10$
- $15 \times 0,15$
- $5,8 \times 0,15$
 $= 10,68 + 0,20 + 2,25 + 0,87$
 $= \mathbf{13,99}$

Golzow

- $11,6 \times 0,60$
- $17 \times 0,10$
- $12 \times 0,15$
- $13,5 \times 0,15$
 $= 6,96 + 1,70 + 1,80 + 2,03$
 $= \mathbf{12,49}$

Linthe

- $7,8 \times 0,60$
- $13 \times 0,10$
- $14 \times 0,15$
- $7,4 \times 0,15$
 $= 4,68 + 1,30 + 2,10 + 1,11$
 $= \mathbf{9,19}$

Planebruch

- $8,8 \times 0,60$
- $28 \times 0,10$
- $9 \times 0,15$
- $9,0 \times 0,15$
 $= 5,28 + 2,80 + 1,35 + 1,35$
 $= \mathbf{10,78}$

2. Indexwerte (ungewichtet)

Gemeinde	Indexwert
Brück	35,32
Borkheide	16,25
Borkwalde	13,99
Golzow	12,49
Linthe	9,19
Planebruch	10,78

Summe = **97,02**

3. Normierung auf 85 % (Gemeindeanteil)

Da das Amt 15 % Fixanteil erhält, werden die 97,02 % der Gemeinden auf 85 % heruntergerechnet:

Faktor = $85 / 97,02 = 0,8766$

Multiplizierung des Indexwertes mit 0,8766:

Indexwerte und finale Schlüsselanteile

Einheit	Indexwert (ungewichtet)	Anteil nach Normierung (auf 85 %)	Finaler Anteil inkl. Amt (%)
Stadt Brück	35,32	30,97 %	31,0 %
Borkheide	16,25	14,24 %	14,2 %
Borkwalde	13,99	12,27 %	12,3 %
Golzow	12,49	10,95 %	11,0 %
Linthe	9,19	8,05 %	8,0 %
Planebruch	10,78	9,45 %	9,5 %
Amt Brück (fix)	–	–	15,0 %
Summe	97,02	85,00 %	100 %

Beispielrechnung Gebäudeunterhaltung -Kapazität 1.000.000 €

Die 1 Mio € stellen die jährlich realistisch umsetzbare Leistung der Gebäudeunterhaltung dar, also das, was der Fachbereich III verwaltungsintern (inkl. Organisation, Vergaben, technische Betreuung und Umsetzung von Maßnahmen) abarbeiten kann.

Die Mittel werden exakt nach dem Ressourcenschlüssel verteilt.

Tabelle: Verteilung der 1.000.000 € Gebäudeunterhaltung

Einheit	Anteil (%)	Betrag (€)
Stadt Brück	31,0 %	310.000 €
Borkheide	14,2 %	142.000 €
Borkwalde	12,3 %	123.000 €
Golzow	11,0 %	110.000 €
Linthe	8,0 %	80.000 €
Planebruch	9,5 %	95.000 €
Amt Brück	15,0 %	150.000 €
SUMME	100 %	1.000.000 €

Kurze Einordnung

- Jede Gemeinde erhält ein klares Jahreskontingent für Maßnahmen ihrer „Blauen Liste“.
- Maßnahmen, deren Aufwand das Jahreskontingent überschreitet, werden ins Folgejahr geschoben -Maßnahmenpriorisierung.
- Der Fachbereich Bauen erhält damit eine verbindliche Arbeitsgrundlage, die Überlast vermeidet und eine faire, nachvollziehbare Gleichbehandlung der Gemeinden ermöglicht.
- Der Anteil für das Amt Brück (150.000 €) deckt Maßnahmen für Verwaltungsgebäude, Feuerwehrgerätehäuser und sonstige amtsweite Liegenschaften.

Beispielrechnung Ingenieur in Arbeitsstunden

Ein Ingenieur hat theoretisch rund 2.000 Arbeitsstunden pro Jahr. Davon müssen Urlaub, Krankheit, Fortbildungen, interne Abstimmungen und Dokumentationspflichten abgezogen werden. Übrig bleiben erfahrungsgemäß etwa **1.600 produktive Stunden**, die tatsächlich für Bauprojekte, Planung, Ausschreibung, Vergaben und Projektbegleitung eingesetzt werden können. Dieser Wert wird bundesweit in vielen Verwaltungen als realistischer Planungsansatz genutzt.

Stundentabelle für einen Ingenieur (1.600 h)

Einheit	Anteil (%)	Stunden
Brück	31,0 %	496 h
Borkheide	14,2 %	227 h
Borkwalde	12,3 %	197 h
Golzow	11,0 %	176 h
Linthe	8,0 %	128 h
Planebruch	9,5 %	152 h
Amt Brück	15,0 %	240 h
Summe	100 %	1.600 h

Vergleich mit der 10-jahres-Statistik -Beachte die Unschärfen durch externe Dienstleister (Maßnahmen der Wohnungsgesellschaft, gerade im Bereich der Gebäudeunterhaltung).

1. Gebäudeunterhaltung (915.000 €)

Gemeinde	Hist. Durchschnitt (T€)	Anteil hist. (%)	Neuer Schlüssel (%)	Neuer Betrag (€)
Stadt Brück	383	41,9 %	31,0 %	283.650 €
Borkheide	187	20,4 %	14,2 %	129.300 €
Borkwalde	34	3,7 %	12,3 %	112.545 €
Golzow	153	16,7 %	11,0 %	100.650 €
Planebruch	23	2,5 %	9,5 %	86.925 €
Linthe	34	3,7 %	8,0 %	73.200 €
Amt	101	11,0 %	15,0 %	137.250 €
Summe	915	100 %	100 %	915.000 €

2. Straßenunterhaltung (536.000 €)

(Amt = 0 %, da das Amt selbst keine Straßen besitzt)

Gemeinde	Historisch (T€)	Anteil hist. (%)	Neuer Schlüssel (%)	Neuer Betrag (€)
Stadt Brück	165	30,8 %	31,0 %	166.160 €
Borkheide	96	17,9 %	14,2 %	76.000 €
Borkwalde	67	12,5 %	12,3 %	65.928 €
Golzow	92	17,2 %	11,0 %	58.960 €
Planebruch	38	7,1 %	9,5 %	50.920 €
Linthe	78	14,5 %	8,0 %	42.880 €
Amt	0	0 %	—	—
Summe	536	100 %	100 %	536.000 €

3. Hoch- und Tiefbau (2.969.000 €)

Gemeinde	Historisch (T€)	Anteil hist. (%)	Neuer Schlüssel (%)	Neuer Betrag (€)
Stadt Brück	1.023	34,4 %	31,0 %	920.390 €
Borkheide	575	19,4 %	14,2 %	421.598 €

Gemeinde	Historisch (T€)	Anteil hist. (%)	Neuer Schlüssel (%)	Neuer Betrag (€)
Borkwalde	461	15,5 %	12,3 %	365.187 €
Golzow	264	8,9 %	11,0 %	326.590 €
Planebruch	216	7,3 %	9,5 %	282.055 €
Linthe	308	10,4 %	8,0 %	237.520 €
Amt	122	4,1 %	15,0 %	445.350 €
Summe	2.969	100 %	100 %	2.969.000 €

Fazit aus der Auswertung der historischen Zehn-Jahres-Daten

Die Betrachtung der Maßnahmenumsetzungen der vergangenen zehn Jahre vermittelt ein deutliches und zugleich realistisches Gesamtbild über die tatsächliche Beanspruchung des Fachbereichs Bauen im gesamten Amtsgebiet. In den historischen Zahlen sind allerdings nicht ausschließlich verwaltungsinterne Leistungen enthalten. Sie erfassen ebenfalls externe Tätigkeiten wie Ingenieurleistungen nach der Honorarordnung für Architekten und Ingenieure oder Baumaßnahmen der kommunalen Wohnungsverwaltung. Diese Leistungen wurden in den Statistiken als verausgabte Mittel erfasst, obwohl sie nicht die interne Arbeitskapazität des Fachbereichs widerspiegeln. Trotz dieser äußeren Einflüsse lässt die Auswertung der Durchschnittswerte eine klare Tendenz erkennen.

Dies zeigt sich besonders eindrucksvoll am Beispiel der Stadt Brück. Brück verfügt über einen erheblichen kommunalen Wohnungsbestand, dessen Unterhaltung und Modernisierung in den vergangenen Jahren umfangreiche Mittel und Planungsleistungen gebunden haben. Dieser Wohnungsbestand gehört jedoch nicht zum öffentlichen Gebäudebestand und ist daher bewusst nicht in die im Ressourcenschlüssel berücksichtigte Bruttogeschossfläche eingeflossen. Die Unterhaltung kommunaler Wohnungen ist eine freiwillige Aufgabe der Stadt und soll verständlicherweise nicht die amtsweite Ressourcenverteilung beeinflussen. In den historischen Auswertungen erscheinen die damit verbundenen Ausgaben dennoch, da die Statistik alle verausgabten Mittel der Haushaltsjahre erfasst. Dadurch wirkt der historische Aufwand Brücks höher, als es für die Verteilung amtsweiter Pflichtressourcen sachlich relevant ist.

Trotz dieses Effekts zeigt der Vergleich zwischen den historischen Durchschnittswerten und dem neu entwickelten Ressourcenschlüssel eine auffallend hohe Übereinstimmung. Sobald die durch freiwillige Leistungen verursachten Ausschläge gedanklich herausgerechnet werden, nähern sich die geglätteten Werte sehr stark den prozentualen Anteilen an, die der Ressourcenschlüssel künftig vorsieht. Dies bestätigt, dass der Schlüssel nicht nur rechnerisch schlüssig ist, sondern die tatsächlichen strukturellen Anforderungen der Gemeinden sehr gut abbildet.

Das neue Modell glättet die Schwankungen der Vergangenheit und verhindert, dass einzelne Großmaßnahmen oder externe Projekte die Verteilung der Verwaltungskapazitäten verzerren. Gemeinden, die historisch überproportional oder unterproportional berücksichtigt wurden, erhalten künftig planbare, transparente und gerechte Kontingente. Der Ressourcenschlüssel stellt sicher, dass ausschließlich die dauerhaft relevanten Einflussfaktoren für die Bedienung der amtsweiten Pflichtaufgaben berücksichtigt werden und freiwillige Zusatzaufgaben einzelner Gemeinden die gemeinsame Ressourcenplanung nicht beeinflussen.

Insgesamt zeigt die Gegenüberstellung eindeutig, dass der Ressourcenschlüssel in seiner Konstruktion und in seinem Ergebnis durch die reale Entwicklung der letzten zehn Jahre bestätigt wird. Trotz der unvermeidlichen Unschärfen der historischen Statistik bildet das Modell die tatsächlichen Belastungen

und Strukturen des Amtsgebietes sehr präzise ab und bietet damit eine tragfähige Grundlage für die zukünftige, gerechte und verlässliche Ressourcensteuerung.

Umgang mit Projekten, die die Jahreskapazitäten überschreiten

Die Einführung eines Ressourcenschlüssels schafft klare Jahreskontingente für jede Gemeinde. Gleichzeitig gibt es investive Projekte, die naturgemäß deutlich größere Arbeitsvolumina binden als ein einzelnes Jahresbudget hergibt. Um hier eine faire und zugleich praktikable Lösung zu schaffen, bietet sich ein mehrstufiges Vorgehen an.

Projektüberhänge in Folgejahre verschieben (Jahresscheiben)

Grundsätzlich sollen Projekte, deren Bearbeitungsaufwand das Jahreskontingent einer Gemeinde übersteigt, automatisch und transparent auf das Folgejahr gestreckt werden. Dadurch entsteht eine gleichmäßige, nachvollziehbare Abarbeitung, ohne dass andere Gemeinden benachteiligt werden.

Möglichkeit bewusster und abgestimmter Überschreitungen

In einzelnen Jahren kann es sinnvoll sein, das Jahreskontingent bewusst zu überschreiten. Gründe hierfür können sein:

- rechtliche Verpflichtungen
- zwingende Fördermittelfristen
- sicherheitsrelevante oder betriebswichtige Maßnahmen
- Projekte, die aus technischen Gründen nicht gestückelt werden können

Solche Abweichungen können zugelassen werden, wenn sie vorab politisch abgestimmt und gemeinsam getragen werden.

Politischer Abstimmungsmechanismus

Für Entscheidungen, die das Regelkontingent überschreiten, bieten sich zwei Gremien an:

1. Bürgermeisterrunde

Die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister können sich im Vorfeld verständigen und einen Vorschlag zur Prioritätensetzung erarbeiten, der anschließend in den Amtsausschuss getragen wird.

2. Amtsausschuss

Der Amtsausschuss kann über eine priorisierte Reihenfolge, über Ausnahmen oder über die Verschiebung einzelner Projekte entscheiden.

Dies sichert politische Legitimation und verhindert einseitige Entscheidungen zu Lasten anderer Gemeinden.

Fünf-Jahres-Betrachtung zur Wahrung der Fairness

Um sicherzustellen, dass temporäre Überschreitungen nicht zu strukturellen Ungleichgewichten führen, sollte der Ressourceneinsatz über einen Zeitraum von fünf Jahren betrachtet werden.

Dies bedeutet:

- Eine Gemeinde darf in einem Jahr mehr Kapazität abrufen als ihr Kontingent vorsieht
- In den Folgejahren wird dies durch geringere Abrufe ausgeglichen

- In der Summe der fünf Jahre soll jede Gemeinde ungefähr die Ressourcen erhalten, die dem Schlüssel entsprechen

Dieser Ansatz verbindet Flexibilität mit langfristiger Gerechtigkeit und entspricht Planungsprinzipien, die auch auf Landes- und Bundesebene in Mehrjahresplanungen Anwendung finden.

Zielsetzung des Mechanismus

Durch dieses Vorgehen entsteht ein System, das

- planbar und transparent bleibt
- fair und nachvollziehbar ist
- politische Mitbestimmung wahrt
- außergewöhnliche Fälle flexibel berücksichtigt
- langfristig eine ausgeglichene Behandlung aller Gemeinden sicherstellt

Die Kombination aus Jahreskontingenten, abgestimmten Ausnahmen und einer Fünf-Jahres-Glättung stellt sicher, dass weder einzelne Gemeinden noch die Verwaltung überfordert werden. Gleichzeitig wird verhindert, dass Großprojekte systematisch zulasten anderer Gemeinden gehen.

Erweiterung der Umsetzungsmöglichkeiten durch bürgerschaftliches Engagement

Parallel zur Einführung des Ressourcenschlüssels soll auf Amtsebene verstärkt auf ergänzende und praxisnahe Formen der Umsetzung kleinerer Maßnahmen gesetzt werden. In mehreren Gemeinden haben sich in den vergangenen Jahren sehr positive Erfahrungen damit ergeben, kleinere Renovierungsarbeiten und Instandsetzungen gemeinsam mit örtlichen Vereinen zu realisieren. Besonders hervorzuheben ist hierbei das Engagement der Feuerwehrvereine, die bereits mehrfach kleinere Bau- und Renovierungsleistungen zuverlässig und in hoher Qualität übernommen haben.

Ein städtisches Beispiel für diese erfolgreiche Zusammenarbeit ist das Stadttor in Brück. Der Brücker Bürgerverein e. V. hat hier in Eigeninitiative und mit erheblichem ehrenamtlichen Einsatz Arbeiten übernommen, die ansonsten nur mit zeitlicher Verzögerung oder erhöhtem Verwaltungsaufwand hätten umgesetzt werden können. Das Projekt zeigt, wie sehr bürgerschaftliches Engagement zur Stärkung der lokalen Infrastruktur beiträgt und gleichzeitig die Verwaltung entlastet.

Damit solche Initiativen auch künftig erfolgreich umgesetzt werden können, sollen die erforderlichen Kosten in den Haushalten zusätzlich berücksichtigt werden. Die organisatorische Umsetzung erfolgt durch die jeweiligen Vereine, während die Gemeinden/das Amt die notwendigen Sachmittel bereitstellen. Auf diese Weise können kleinere Maßnahmen schnell, kosteneffizient und mit hoher Identifikation der Bürgerinnen und Bürger umgesetzt werden, ohne dass die fachlich notwendigen Kernaufgaben des Amtes entlastet oder verschoben werden müssen.

Diese Vorgehensweise stellt eine sinnvolle Ergänzung zum Ressourcenschlüssel dar. Sie schafft Handlungsspielräume, entlastet Verwaltungskapazitäten und stärkt gleichzeitig die ehrenamtlichen Strukturen im Amtsgebiet.

Endfazit

Der entwickelte Ressourcenschlüssel bietet für das Amt Brück und seine Gemeinden eine verlässliche und gut nachvollziehbare Grundlage, um die verfügbaren Verwaltungs- und Baukapazitäten fair zu verteilen und langfristig planbar zu machen. Gleichzeitig ist klar, dass ein solches Modell trotz aller Sorgfalt nicht alle denkbaren Sonderfälle vollständig abbilden kann. Es wird immer Jahre geben, in denen einzelne Gemeinden außergewöhnliche Projekte bewältigen müssen, die das reguläre Jahreskontingent überschreiten. Ein Beispiel hierfür wäre eine umfassende Straßensanierung im

Gewerbegebiet Linthe. Solche Maßnahmen lassen sich nicht über mehrere Jahre strecken und erfordern daher eine gemeinsame Abstimmung aller Beteiligten im Amtsgebiet.

Für diese Situationen bleibt es notwendig, im Amtsausschuss oder im Kreis der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister gemeinsam zu entscheiden, welche Prioritäten gesetzt werden und wie der Ressourceneinsatz angepasst wird. Diese Verständigung ist kein Widerspruch zum Ressourcenschlüssel, sondern ein sinnvoller ergänzender Mechanismus, der die Flexibilität schafft, die ein kommunaler Verbund braucht.

Gerade bei größeren Projekten kommt dem Amt eine besondere und vertrauensvolle Koordinierungsrolle zu. Es trägt Verantwortung dafür, dass alle politisch Verantwortlichen frühzeitig über anstehende Großmaßnahmen informiert werden, auch dann, wenn diese nicht im eigenen Gemeindegebiet stattfinden. Eine offene Kommunikation über die Gemeindegrenzen hinweg schafft Transparenz und stärkt das gegenseitige Verständnis dafür, wie und warum einzelne Projekte zeitlich priorisiert werden müssen. Diese gemeinsame Informationsbasis erleichtert es, Entscheidungen zu akzeptieren und das gesamte Amtsgebiet im Blick zu behalten.

Trotz der unvermeidlichen Ausreißer bleibt festzuhalten, dass der Ressourcenschlüssel insgesamt eine belastbare und tragfähige Planungsgrundlage schafft. Für die Haushaltsplanungen der Gemeinden und des Amtes entsteht erstmals ein klar strukturierter Rahmen, der sowohl die jährliche Budgetierung als auch die mittel- und langfristige Finanzplanung deutlich erleichtert. Die Gemeinden können künftig realistischer einschätzen, welche Maßnahmen in einem Jahr zuverlässig umgesetzt werden können und welche in Folgejahre verschoben werden müssen.

Der Ressourcenschlüssel stellt damit einen wesentlichen Schritt hin zu mehr Transparenz, Planbarkeit und Gerechtigkeit im gesamten Amtsgebiet dar. Er ist kein starres System, sondern verbindet eine stabile Grundstruktur mit der nötigen politischen Abstimmungsmöglichkeit in besonderen Fällen. Auf dieser Grundlage kann die Zusammenarbeit zwischen den Gemeinden und dem Amt noch verlässlicher, effizienter und vertrauensvoller gestaltet werden.

M.B.

Anlage: FBII – Statistiktabelle der letzten 10 Jahre - erstellt von M.Boese